



Deutscher Bauernverband e.V. | Claire-Waldoff-Straße 7 | 10117 Berlin

An die
Umweltministerinnen und Umweltminister,
Umweltsenatorinnen und Umweltsenatoren
des Bundes und der Länder

Berlin, 06. Juni 2024

Offener Brief an die Umweltministerkonferenz

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Lemke,
sehr geehrte Ministerinnen und Minister für Umwelt der Länder,

in Anbetracht der massiven ungelösten Probleme der Weidetierhalter im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Wolfes wenden wir uns heute mit einem dringenden Appell an die Umweltministerkonferenz. Wir müssen feststellen, dass es hinsichtlich der Umsetzung des Koalitionsvertrages seit drei Jahren faktisch einen Stillstand gibt und ein regional differenziertes Bestandsmanagement beim Wolf trotz des Vorliegens eines günstigen Erhaltungszustandes nicht in Sicht ist. Das von Bundesumweltministerin Lemke im Rahmen einer Pressekonferenz im Oktober 2023 vorgestellte „Schnellabschussverfahren“ sollte schnell, unbürokratisch und vor allem rechtssicher sein und den Weidetierhaltern helfen. Dieses sehen wir als gescheitert an, ohne eine grundlegende Überarbeitung ist dieses Verfahren in der Praxis nicht umsetzbar. Die Analyse der Beschlussgründe des Niedersächsischen Obergerichtes vom 12.04.2024 gegen eine Entnahmegenehmigung offenbart die Mängel hinsichtlich Umsetzbarkeit und Rechtssicherheit. Das Urteil hat aufgrund dieser Defizite den zuständigen Landesbehörden unüberwindbare Hürden für eine rechtssichere Genehmigung vorgegeben. Aus Sicht der Weidetierhalter ist festzustellen, dass ein weiteres Jahr ohne ernsthafte und in der Praxis wirksame Maßnahmen zur Regulierung des Wolfsbestandes oder zur Entnahme von übergriffigen Wölfen und Rudeln verstrichen ist.

Eine Koexistenz zwischen Weidetierhaltung und Wölfen in Deutschland ist alleine mit Herdenschutzmaßnahmen nicht machbar. Daher bedarf es eines rechtlich abgesicherten Verfahrens im Bundesnaturschutzgesetz sowohl für die Regulierung im Rahmen des Bestandsmanagements als auch zur Entnahme von Problemwölfen als kurzfristige Reaktion und zum unmittelbaren Herdenschutz. Die nationale Umsetzung der Ausnahme vom strengen Schutz der FFH-Richtlinie aus Art. 16 Absatz 1 Buchstabe e) der FFH-Richtlinie liefert hierfür die notwendige Grundlage. Die EU-Kommission hat in ihrer Tiefenanalyse die Mitgliedstaaten im Dezember 2023 wiederholt aufgefordert, die bereits in der FFH-Richtlinie bestehenden Regulierungsmöglichkeiten auszuschöpfen und will unabhängig davon den Schutzstatus des Wolfes in der Berner-Konvention herabstufen. Anders als häufig dargestellt, bietet das europäische Recht auch ohne Änderung des derzeitigen Schutzstatus des Wolfes bereits Möglichkeiten zur Bestandsregulierung, die von anderen Mitgliedstaaten genutzt werden. Diese Möglichkeit darf von der deutschen Politik auf Bundes- und Landesebene nicht länger ausgebremst werden. Die Landnutzerverbände und Verbände der Weidetierhalter fordern, dass noch in dieser Legislaturperiode eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes umgesetzt und

neben einer tatsächlich rechtssicheren Regelung zur Problemwolfentnahme ein regional differenziertes Bestandsmanagement etabliert wird. Die bisherige Blockadehaltung seitens der Politik ist für die Weidetierhalter inakzeptabel und nicht länger tragbar.

Daneben fordern die Verbände auch Unterstützung für die Initiative der EU-Kommission zur Absenkung des Schutzstatus des Wolfes in der Berner Konvention. Der Naturschutz muss eingestehen, dass das hohe Schutzniveau des europäischen Naturschutzrechts nicht mehr angezeigt ist, wenn die jeweiligen Arten offensichtlich überschützt und nicht mehr gefährdet sind und somit ein reduziertes Schutzniveau gerechtfertigt ist. Ansonsten schwindet die Akzeptanz für den Naturschutz in der ländlichen Bevölkerung. Die offensichtliche Hinhaltetaktik gefährdet die Weidetierhaltung in Deutschland und letztlich den Natur- und Artenschutz im ländlichen Raum. Daher fordern die Verbände mit allem Nachdruck, konkrete Beschlüsse zu fassen, die dem Anspruch einer praxistauglichen Lösung der Problemlage Wolf und Weidetierhaltung gerecht werden.

Wir stehen für zielführende Gespräche zur Verfügung und erwarten jetzt zügiges Handeln, weil die Fakten und Dramatik im ländlichen Raum bekannt sind.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Merscher
Vorsitzender
Bundesverband Deutscher
Ziegenzüchter



Karl-Heinz Funke, Bundesminister a. D.
Vorsitzender
Bundesverband für landwirtschaftliche
Wildhaltung



Nora Hammer
Geschäftsführerin
Bundesverband Rind und Schwein



Bernhard Krüsen
Generalsekretär
Deutscher Bauernverband



Soenke Lauterbach
Generalsekretär
Deutsche Reiterliche Vereinigung



Alfons Gimber
Vorsitzender
Vereinigung Deutscher
Landesschafzuchtverbände



Eberhard Hartelt
Präsident
Bauern- und Winzerverband
Rheinland-Pfalz Süd



Friederike Schulze Hülshorst
Geschäftsführerin
Aktionsbündnis Forum Natur



Freiherr von Oer
Vorsitzender
Bundesarbeitsgemeinschaft für
Jagdgenossenschaften und
Eigenjagdbesitzer



Helmut Dammann-Tamke
Präsident
Deutscher Jagdverband